

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



DIE „HAKENKREUZ-SCHMIERWELLE“ IN BERLIN 1960
Ereignis, Presse und Protest

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
Tel. +49(0)30-263 9890 39
Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de
www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christoph Kreuzmüller Vorsitzender
Robert Bauer stellvertr. Vorsitzender
Marion Goers stellvertr. Vorsitzende
Dr. des. Karoline Georg
Astrid Homann
Dr. Gerd Kühling
Christine Kühnl-Sager
Angelika Meyer
Dr. Ruth Preusse

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien
in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck

Hans Gottschalk Druck & Medien GmbH
www.druckgott.de

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag Einzelmitglied:
55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro
Jahresbeitrag Vereinigungen:
165,00 Euro, ermäßigt 82,50 Euro

Spendenkonto

Berliner Sparkasse
IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82
BIC: BELADEBEXX

Bildrechtenachweis

- Titel Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bild 6/FOTB040230, Fotograf: Alois Bankhardt
- S. 3 CERN, Genf
 - S. 4 picture alliance/dpa, DB, Bild 2048833
 - S. 5 Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bild 6/FOTB040230, Fotograf: Alois Bankhardt
 - S. 6 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (06), Nr. 0067726, Fotograf: Gert Schütz
 - S. 7 Landesarchiv Berlin, F Rep 290 (05), Nr. 0067849, Fotograf: Horst Siegmann / Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (03), Nr. 68154, Fotograf: Christian Zocher
 - S. 8 Karte: Maja Wypychowska, Berlin
 - S. 9 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (04), Nr. 67733 + Nr. 67736, Fotograf: Horst Siegmann
 - S. 10 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (04), Nr. 67731, Fotograf: Horst Siegmann
 - S. 11 Landesarchiv Berlin, F Rep.290 (04), Nr. 0067820, Fotograf: Gert Schütz
 - S. 17 Stefan Lehmann, Calden
 - S. 18 Alisa Sieff, Haifa
 - S. 19 Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin
 - S. 21 Cornelia Dildej, Berlin
 - S. 23 Stefanie Endlich, Berlin

INHALT

- 2 **Editorial**
Christoph Kreuzmüller

- 4 **Die „Hakenkreuz-Schmierwelle“ in Berlin 1960.
Ereignis, Presse und Protest**
Gerd Kühling

- 13 **Eine erinnerungskulturelle Wende um 180 Grad?
Der zweite „Salon“ des Aktiven Museums diskutierte die Kultur- und Geschichtspolitik der AfD**
Cornelia Siebeck

- 17 **Siegfried Lehmann und sein Lebenswerk.
Ansprache anlässlich der Enthüllung einer „Berliner Gedenktafel“ am 21. September 2018
in der Max-Beer-Straße 5**
Beate Lehmann

- 19 **Kreuzberger Schüler*innen verlegen einen Stolperstein für einen Homosexuellen**
Sophia Schmitz

- 21 **Erinnern an die „Polenaktion“.
Bericht vom 28. und 29. Oktober 2018**
Cornelia Dildei

- 22 **Rainer Höynck – der Verlust eines kulturellen Gedächtnisses.
Ein Nachruf**
Leonie Baumann

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,

„Es ist immer wieder erstaunlich, wie schnell die Historie sich als Lügnerin der Vergangenheit bemächtigt“, notierte Erich Kästner am 1. März 1941 in sein geheimes Kriegstagebuch: „Eines der gelungensten Beispiele ist der deutsche Zusammenbruch im letzten Kriege. Die Dolchstoßlegende ist vom Heer, den Gegnern der Sozialisten bis hin zu den Nationalsozialisten derartig verbreitet worden, dass die Tatsachen, die doch das Gegenteil beweisen, daneben und dahinter völlig verblasst sind.“ (in: Sven Hanuschek (Hg.), Erich Kästner, Das blaue Buch. Geheimes Kriegstagebuch 1941-1945, Zürich 2018, S. 70) Bekanntlich zogen die Nationalsozialisten ihre Lehren aus den „November-Ereignissen“ – wie sie die Revolution nannten, die sich vor genau 100 Jahren auch in unserer Stadt Bahn brach. Dass Adolf Hitler sein klägliches Ende am 30. April 1945 noch als Heldentod inszenieren konnte und in Berlin dann bis zum bitteren Ende weiter getötet wurde, ist wohl der zynische Triumph dieses Lerneffekts.

Was wir heute als Gesellschaft für Lehren aus der Geschichte ziehen, wird zurzeit gerade wieder heftig diskutiert. Der in den letzten Jahren erreichte gesellschaftliche Konsens hierüber wird von der AfD dabei in Frage gestellt. Wie wir deren Forderung nach einer „erinnerungskulturelle Wende um 180 Grad“ begegnen können, wurde im ausnehmend gut besuchten, zweiten „Salon“ des Aktiven Museums diskutiert, über den Cornelia Siebeck in diesem Rundbrief berichtet. Der große Andrang zeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns thematisch und strukturell weiter in die Stadtgesellschaft hinein öffnen. Eine nächste Gelegenheit dazu bietet der Frühjahrssalon 2019, den wir bereits vorbereiten.

Dass die Lehren des Nationalsozialismus mitsamt der Saat des Antisemitismus auch nach der Befreiung der Stadt noch schrecklich fruchtbar waren, zeigt Gerd Kühling in seinem Beitrag über die „Hakenkreuz-Schmierwelle“ in Berlin im Jahre 1960 auf. Der Beitrag beleuchtete dabei einen Teilaspekt der Ausstellung „Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr



Dr. Joanne Intrator und Charlotte Warakaulle (v.l.) vor der Gedenktafel für den „Ort der Herstellung der ‚Judensterne‘ im Jahr 1941“ in der Wallstraße 16

in Berlin seit 1945“, die das Aktive Museum zusammen mit dem antifaschistischen pressearchive und bildungszentrum e.V. (apabiz) erarbeitet hat und die am 29. März 2019 in der Zionskirche eröffnen wird – ein Datum schon einmal zum Vormerken.

Beate Lehmann, die über Leben und Werk des Arztes und Pädagogen Siegfried Lehmann forscht, hat uns gestattet, die Ansprache abzudrucken, die sie anlässlich der Enthüllung einer „Berliner Gedenktafel“ im September 2018 am Haus des Jüdischen Volksheims in der heutigen Max-Beer-Straße 5 gehalten hat. Der Text steht hier auch stellvertretend für die anderen Gedenktafelprojekte der zweiten Jahreshälfte 2018. Das Aktive Museum hat außerdem nämlich noch KPM-Tafeln für den Bildhauer Jussuf Abbo, den Religionsphilosophen Martin Buber und für den Dirigenten Ferenc Fricsay realisiert.

An 26. Oktober 2018 wurde zudem eine vereins-eigene Tafel am Haus Wallstraße 16 enthüllt, die erzählt, dass die Stoffdruckfirma Geitel & Co. im Spätsommer 1941 dort rund eine Million „Judensterne“ produziert hat. Der Initiator der Tafel, unser Mitglied Dr. Benedikt

Goebel, sprach zu diesem Anlass dort genauso wie Charlotte Warakaulle, Direktorin für Internationale Beziehungen bei der CERN, deren Pensionskasse das Gebäude heutzutage gehört, Stephan von Dassel, der Bezirksbürgermeister von Mitte, und Dr. Joanne Inrator, die Enkelin des früheren Miteigentümers Jakob Inrator.

Wie Schüler*innen einer Kreuzberger Gemeinschaftsschule dazu kamen, aus eigener Initiative einen Stolperstein für einen Homosexuellen zu verlegen, beschreibt Sophia Schmitz, unsere pädagogische Mitarbeiterin in der Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin.

Cornelia Dildei erinnert nochmals an die beiden Gedenktage zur „Polenaktion“ Ende Oktober, die innerhalb des insgesamt gut frequentierten Begleitprogramms zu unserer Ausstellung im Centrum Judaicum einen besonderen Stellenwert hatten, weil – mit Unterstützung der Berliner Senatskanzlei – Dutzende von Familienangehörigen von damals Ausgewiesenen dafür aus aller Welt anreisten und an einem regnerischen Sonntag auch Zbąszyń, den ehemaligen Grenzort, besuchten. Die Laufzeit von „Ausgewiesen! Berlin, 28.10.1938. Die Geschichte der ‚Polenaktion‘“ ist übrigens inzwischen bis zum 28. Februar 2019 verlängert worden.

Wir beschließen den Rundbrief mit einem Nachruf unserer einstmaligen Vorsitzenden Leonie Baumann auf ein langjähriges Mitglied, den engagierten Kulturjournalisten Rainer Höynck, der sich schon sehr früh für einen angemessenen Umgang mit dem Gestapo-Gelände eingesetzt hat.

Unsere Ausstellung „Stolpersteine – Gedenken und Soziale Skulptur“ tourt derweil weiter durch die Niederlande; Stationen waren und sind Den Haag, Zwolle, Amsterdam, Hilversum, Hengelo und Tilburg. Es ist nach der USA-Tournee im letzten Jahr bereits das zweite Mal, dass sich deutsche Auslandsvertretungen, unterstützt vom Auswärtigen Amt, um die Ausstellung bemüht haben. Gut möglich, dass es in den kommenden Jahren auch weitere Länder geben wird, in denen sie dann gezeigt werden kann.

Noch eine Vorankündigung: am 21. und 22. Februar 2019 findet in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand eine von der Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam konzipierte Internationale Konferenz unter dem Titel „Steine des Anstoßes oder normiertes Ritual? Zur Rolle des Stolperstein-Projektes in den Erinnerungskonflikten der Gegenwart“ statt. Anmelden kann man sich dafür bis zum 10. Februar 2019 unter tagung@stolpersteine-berlin.de.

Ich danke Euch und Ihnen allen für die Unterstützung unserer Arbeit und freue mich sehr, die „Historie“ auch im Jahr 2019 weiter kritisch und mit Blick auf unser heutiges Zusammenleben miteinander diskutieren zu können! In diesem Sinne allen ein kraftvolles und friedliches neues Jahr!

Christoph Kreutzmüller
Vorsitzender

DIE „HAKENKREUZ-SCHMIERWELLE“ IN BERLIN 1960

Ereignis, Presse und Protest

Zwei Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus und dem Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden erschütterte 1947 eine antisemitische Welle die vier Besatzungszonen in Deutschland. Damals waren es fast ausschließlich die wenigen Überlebenden der Verfolgung und ihre Organisationen, denen der Kampf gegen dieses Phänomen überlassen blieb. Erst Jahrzehnte später sollten Widerstand, Aufklärung und Engagement gegen Antisemitismus und Neonazismus breitere Ausprägung erfahren. Ein wichtiges Ereignis auf dem Weg dahin waren die Proteste in West-Berlin und anderen Städten, die sich im Januar 1960 gegen die „Hakenkreuz-Schmierwelle“ richteten. Viele Jugendliche und Studierende befassten sich danach intensiver mit der NS-Vergangenheit und ihren Folgeerscheinungen. Festgehalten werden muss aber auch, dass seinerzeit eine junge Generation von Neonazis in Erscheinung trat, deren Angehörige in den folgenden Jahrzehnten wichtige Positionen im extrem rechten Lager einnahmen. Doch wie verlief die Schmierwelle in der Viersektorenstadt Berlin? Wer protestierte dagegen? Wie reagierten die Angegriffenen? Was machte die Politik? Der folgende Beitrag soll diese Fragen – unter besonderer Berücksichtigung der (West-)Berliner Presse vom Januar 1960 – beantworten.

Als Zeichen des neuen jüdischen Lebens in Deutschland wurde im September 1959 in Köln, im Beisein von Bundeskanzler Konrad Adenauer, die wiedererrichtete Synagoge eingeweiht. Drei Monate später, am Weihnachtsabend, beschmierten Rechtsextremisten das Gotteshaus mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen. Es war der Auftakt zu einer Welle hunderter antisemitischer Schmierereien in der ganzen Bundesrepublik und weltweiter Folgetaten. Die Hoffnung, dass Berlin von der Welle verschont bliebe, zerschlug sich bald: In der Nacht vom 2. auf den 3. Januar 1960



Beschmierte Litfaßsäule in der Zoppoter Straße in Schmargendorf, 3. Januar 1960

versahen Unbekannte in Berlin-Schmargendorf eine Litfaßsäule mit NS-Symbolen und der Parole „Juden raus“. Eine Nacht später fanden sich dieselbe Forderung und ein Hakenkreuz an einer Wohnungstür in der Kantstraße 149 in Charlottenburg. Im selben Bezirk pinselte ein 23-jähriger in der Dahlmannstraße an mehrere Häuser die Losung „Juden raus“ sowie Davidsterne und Hakenkreuze. Der Mann wurde von der Polizei gefasst, doch die Welle hielt an. Wie die Tageszeitungen berichteten, wurden in fast allen Bezirken West-Berlins in den folgenden Tagen Mauern und Werbetafeln, Gebäude und Wohnungstüren beschmiert. Am Kolberger Platz fand sich in einem Postkasten eine Hakenkreuzbinde. In der Berchtesgadener Straße wurde eine Fahrstuhlkabine mit SS-Runen versehen. Auf einem Spielplatz an der Hasenheide entdeckten Kinder eine Hakenkreuzfahne. S-Bahn-Züge wurden mit Hakenkreuzen und NS-Losungen verunstaltet, diverse antisemitische Flugblätter tauchten auf. An einer Schöneberger Litfaßsäule war zu lesen: „Deutsche wehrt euch, schmeißt Adenauer

und sein Judenpack raus“. Den Höhepunkt erreichte die Welle am 7. Januar. Danach gingen die Vorfälle zurück – und auch das Interesse der Medien. Als am 10./11. Januar in der Charlottenburger Kantstraße 140 ein Hausflur mit Parolen beschmiert wurde, fand sich dies nur noch in wenigen Zeitungen. Nach einer Zählung der Bundesregierung kam es in West-Berlin bis zum 28. Januar 1960 zu 123 antisemitischen Vorfällen; nach Nordrhein-Westfalen (167) war es der zweithöchste Wert in der Bundesrepublik.¹

Angesichts der hohen Zahl von antisemitischen und neonazistischen Vorfällen scheint erstaunlich, wie wenige Fotos von den Taten überliefert sind und in der Presse veröffentlicht wurden. Es waren lediglich Fotos von der

gezeichneten Schmargendorfer Litfaßsäule und von der Schändung eines Kriegerdenkmals im Lietzenseepark.² Zwar wurden Schmierereien oft sehr schnell entfernt, als Erklärung für das geringe Interesse reicht diese Deutung aber nicht aus. Vielmehr dominierten bald andere Bilder die Berichterstattung, nachdem die Polizei am 2. Januar 1960 im Volkspark Glienicke eine verbotene Sonnwend-Feier junger Neonazis aufgelöst und mehrere ihrer Teilnehmer festgenommen hatte. Die jungen Männer gehörten den Organisationen „Nationaljugend Deutschlands“ (NJD) und dem „Bund Nationaler Studenten“ (BNS) an. Bei ihrem Treffen hatten sie unter anderem eine schwarz-weiß-rote Reichsfahne mit aufgeklebtem Hakenkreuz gehisst. In den Tagen danach überschlugen sich die Meldungen über die



Parkwächter bei Reinigungsarbeiten am Kriegerdenkmal im Lietzenseepark, 6. Januar 1960

„Braunen von Glienicke“. Die Sonnwend-Feier wurde in Zusammenhang mit den Schmierereien gebracht, da sich auf der Litfaßsäule in Schmargendorf auch eine Odalsrunne, das Erkennungszeichen der NJD, befunden hatte. Einige Zeitungen gingen sogar so weit, die Namen und Adressen von Teilnehmern des Neonazi-Treffens zu veröffentlichen. Auch stellte sich heraus, dass zwei von ihnen bereits im Vorjahr antisemitisch aufgefallen waren, als sie in der Kongresshalle eine Theaterveranstaltung zur Erinnerung an die Opfer des Warschauer Ghettos gestört hatten.



Präsentation des Beweismaterials im Polizeipräsidium am Tempelhofer Damm, 5. Januar 1960

Auf einer Pressekonferenz am 5. Januar 1960 präsentierte die Polizei Beweismaterial, das bei Haussuchungen der Neonazis gefunden worden war. Innensenator Joachim Lipschitz kündigte das Verbot von BNS und NJD an. Zudem widersprach er der verschiedentlich geäußerten – und bis heute nicht belegten – These,

die „Hakenkreuz-Schmierwelle“ sei eine von Kommunisten initiierte und gelenkte Aktion, um dem Ruf der Bundesrepublik zu schaden. Für Lipschitz stand fest: die „Primärzündung liegt bei den rechtsradikalen Gruppen“. Allerdings hielt er es für möglich, dass „Kommunisten die jetzt entstandene Situation ausnützen.“³ Tatsächlich nutzte die DDR die jüngsten Vorfälle für ihre Kampagnen gegen die Bundesrepublik. Für die SED in Ost-Berlin stand fest: „Die Schuldigen sitzen in Bonn.“⁴ Auch der Senat im Westteil der Stadt wurde attackiert und die SS-Vergangenheit West-Berliner Polizisten angeprangert. Dass es in der DDR ebenso neonazistische und antisemitische Erscheinungen gab, stritt die Staatsführung ab. Später erklärte die SED, westliche „Agenten- und Spionageorganisationen“ hätten versucht, „faschistisch-antisemitische Aktionen“ in der DDR durchzuführen.⁵ Wie Aufzeichnungen der Volkspolizei belegen, kam es jedoch Anfang 1960 in Ost-Berlin ebenfalls zu einer hohen Zahl von Hakenkreuz-Schmierereien.⁶

Heinz Galinski, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlins, konstatierte seinerzeit in einem Gespräch mit der Zeitung Telegraf, es wäre „eine sehr billige Ausrede, diese unerfreulichen Dinge der jüngsten Vergangenheit den Kommunisten in die Schuhe zu schieben.“⁷ Einige Tage später erklärte er, die Ursache der jüngsten Vorfälle sei zudem darin zu suchen, dass die breite Öffentlichkeit „indifferent und demokratieverdrossen sei“. Galinski warnte: „Die Sicherung der deutschen Demokratie ist nicht möglich, solange aktive frühere Nazis in der Bundesrepublik mitbestimmend sind.“⁸ Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden war Anfang 1960 ein gefragter Interviewpartner. Er berichtete, der größte Teil der Angehörigen der Berliner Jüdischen Gemeinde bestehe aus älteren Menschen, die als Holocaust-Überlebende „Furchtbares“ erlitten hätten. Für sie waren die antisemitischen Schmierereien und Bedrohungen ein besonders schwerer Schock.⁹

In West-Berlin standen seit dem 4. Januar 1960 jüdische Einrichtungen unter Polizeischutz. Nach einer Bombendrohung gegen das im September 1959



Polizeischutz für die Synagoge Pestalozzistraße, 5. Januar 1960

eröffnete Gemeindehaus in der Fasanenstraße fanden Bilder von Polizisten vor Synagogen sogar Eingang in einige Zeitungen.¹⁰ Über die persönlichen Schicksale der Angegriffenen berichteten die Medien bis dahin nicht. Den Auftakt machte am 5. Januar die Ost-Berliner Boulevard-Zeitung BZ am Abend. Ihre Reporter suchten die Dahlmannstraße in Charlottenburg auf, um Anwohner zu den Ereignissen zu befragen. In dem Bericht kam ein Angestellter einer jüdischen Fleischerei zu Wort, der einst vor den Nazis nach Südamerika geflohen war. Er ließ die Zeitung wissen: „Manchmal bedauere ich, daß ich nach Deutschland zurückkam.“¹¹ Zwei Tage später zog die West-Berliner Bild-Zeitung auf ihrer Titelseite nach. Sie berichtete über einen jüdischen KZ-Überlebenden, der in die Bild-Redaktion gekommen sei und erzählte, er sei wegen seiner Abstammung angepöbeln worden. Sein Bericht schloss mit den Worten: „Ich habe wieder Angst.“ Die Zeitung forderte eine harte Bestrafung für das antisemitische „Gesindel“ und: „Wir Deutsche müssen die neu aufgeflamnte Seuche – gleichgültig, welchen Hintergrund sie haben mag – als erste ausbrennen. Schnell und radikal. [...] Es darf nicht sein, daß einer von uns kommt und sagt: ‚Ich habe Angst!‘ Das darf in Deutschland einfach nicht sein! Es darf nicht sein!“¹²

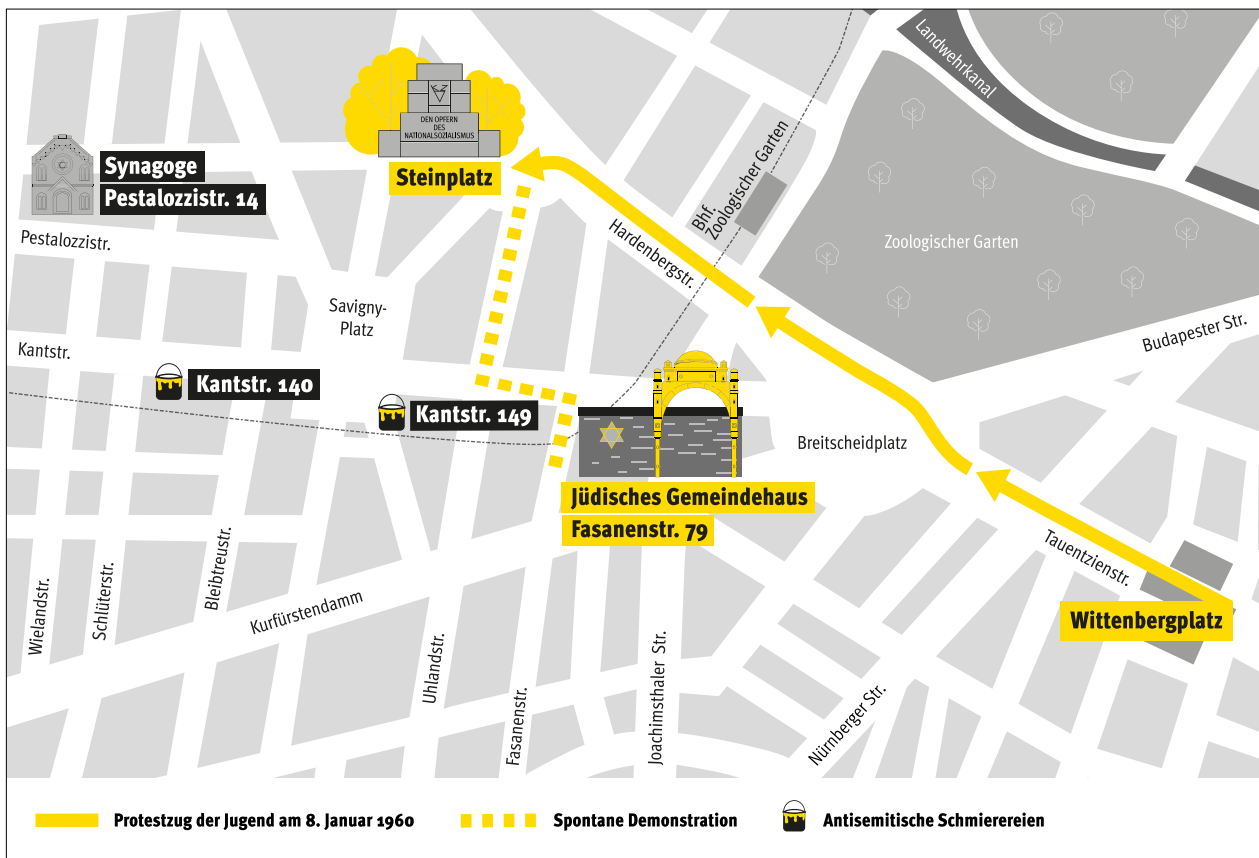
In seinem Interview mit dem Telegraf hatte Heinz Galinski eine Reaktion aus der Bevölkerung und gar einen „Aufstand der Anständigen“ gegen die neonazistischen Umtriebe gefordert. Tatsächlich gab es

in diesen Tagen nicht wenige Menschen, die der Jüdischen Gemeinde ihre Solidarität versicherten oder öffentlich ihre Stimme erhoben. Die ersten Protestler, die im Wedding, Neukölln und Charlottenburg auf Transparenten „Schluß mit Antisemitismus und Völkerhetze“ forderten, wurden allerdings von der Polizei behindert, da sie nach ihrer Ansicht „von der SED organisiert“ seien. Ähnlich erging es Angehörigen der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, als sie in Spandau demonstrierten.¹³ Zu Festnahmen von tatsächlichen oder vermeintlichen Kommunisten, die in West-Berlin nicht selten waren, kam es (noch) nicht. Möglicherweise wollte die Politik keine negativen Bilder provozieren, denn sie war sich der kritischen Blicke des Auslands sehr bewusst. Dies verdeutlichte auch eine Ansprache Willy Brandts im Abgeordnetenhaus, in welcher der Regierende Bürgermeister betonte, dass „uns die Reaktionen einiger ausländischer Zeitungen schmerzlich berührt haben“. Entschlossen betonte er, man sei dazu bereit, den Beweis anzutreten, dass „Berlin eine saubere Stadt“ sei.¹⁴



Antisemitische Parolen im Hausflur der Kantstraße 140, 11. Januar 1960

Vor diesem Hintergrund kam dem Senat das Engagement von anderen Organisationen sehr entgegen. So startete die Deutsch-Israelische Studiengruppe (DIS) am 7. Januar 1960 an der Freien Universität eine Unterschriftenkampagne für eine Erklärung, in der die antisemitischen Ausschreitungen scharf verurteilt wurden. Der Aufruf lautete: „Denkt an Auschwitz!“



Die Route des Protestzuges von Schöneberg nach Charlottenburg

Kampf dem Antisemitismus! Freundschaft mit Juden und Israel! Unterzeichnet die Solidaritätserklärung!¹⁵ Innerhalb von zwei Tagen erfolgten über 1.000 Unterschriften. Auch die „Falken“ setzten ein Zeichen: Seit dem 4. Januar hielten sie Wache am Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus am Steinplatz in Charlottenburg, um es vor möglichen Schändungen zu schützen. Überdies rief die Jugendorganisation der SPD die Jugendlichen Berlins zu einem Protestmarsch gegen Antisemitismus auf, der am Abend des 8. Januar 1960 stattfinden sollte. Alle anderen Verbände des Landesjugendringes Berlin schlossen sich dem Appell an. Der Senat unterstützte das Vorhaben. Die Verwaltung für Jugend und Sport teilte mit, dass sämtliche Häuser der Jugend- und Freizeitheime am Demonstrationstag ab 18 Uhr geschlossen seien, und die Polizei warnte vorab in den Zeitungen vor Verkehrsbehinderungen. Der Protestzug sollte am Freitagabend um 19.30 Uhr am Wittenbergplatz beginnen und über die Tauentzien-

und Hardenbergstraße zum Steinplatz führen. Dort wollte Joachim Lipschitz sprechen. Das Anliegen der Jugendorganisation war von der Politik angenommen beziehungsweise quasi übernommen worden.

Der Protestzug am 8. Januar 1960 war die bis dahin größte Demonstration gegen Neonazismus und Antisemitismus in West-Berlin. 40.000 Berlinerinnen und Berliner, vor allem Jugendliche, zogen im Fackelschein unter dumpfem Trommelwirbel durch die City-West zum Steinplatz. Sie trugen Transparente mit Aufschriften wie „Gegen Rassenhass“, „Fort mit den Schmierfinken“, „Gegen Antisemitismus und Völkerhetze!“ oder einfach nur „Nazis raus!“. Mit dem Transparent „Keine Nazis in den Hörsälen“ gab es konkreten Bezug zu den extrem rechten Studenten vom BNS. Die Spitze des kilometerlangen Zuges erreichte nach gut 30 Minuten ihr Ziel. Das Mahnmahl am Steinplatz – 1953 aus Steinen der zerstörten Synagoge in der Fasanenstraße

errichtet – war von vier schwarz verkleideten Pylonen umrahmt, deren flackerndes Feuer den Platz erhellte. Auf einer Tribüne sprach Innensenator Lipschitz. Er machte deutlich, Hakenkreuze an den Synagogen und die Aufschrift „Juden raus“ seien „wie die gelben Sterne in der Nazizeit nicht ein Schandmal für den jüdischen Bevölkerungsteil, sondern ein Schandmal für das Volk, das dies duldet“. Ebenso teilte er verbale Stockschläge aus. Er forderte die Neonazis auf, „aus ihren Löchern zu kommen und ihr Heldentum zu beweisen, damit die Jugend sich nicht nur mit Worten, sondern auch mit Fäusten [...] mit ihnen auseinandersetzen kann“. Die SED warnte Lipschitz, die Berliner hätten nicht vergessen, dass „die Weimarer Demokratie von zwei Seiten zusammengeschlagen worden“ sei. In Richtung der „sicherlich anwesenden Freunde aus Ost-Berlin“ rief er: „Wir sind nach dem Zusammenbruch mit den Kommunisten auch ohne die Hilfe der Nazis fertig geworden, und wir werden mit den Nazis fertig, ohne die Hilfe der Kommunisten zu benötigen.“

Lipschitz, als sogenannter „Halbjude“ selbst Verfolger des NS-Regimes, war für seine unversöhnliche Haltung gegenüber der SED bekannt. Dass er eine Rede mit antikommunistischen Spitzen versah, war nicht überraschend. Was jedoch nach der Kundgebung geschah, war möglicherweise nicht geplant: Etliche der Teilnehmer zogen vom Steinplatz zum Jüdischen Gemeindehaus in der nahe gelegenen Fasanenstraße.



Transparente beim Auftakt der Demonstration am Wittenbergplatz, 8. Januar 1960



Joachim Lipschitz bei seiner Ansprache auf dem Steinplatz, 8. Januar 1960

Dort hielten sie eine Solidaritätskundgebung ab. Erneut ergriff Lipschitz das Wort und bat die Jüdische Gemeinde, Berlin nicht den Rücken zu kehren. Der herbeigerufene Heinz Galinski dankte den Jugendlichen. Die Gemeindeglieder hätten „erneut Vertrauen zu Berlin gefunden“ und wollten gemeinsam mit allen die anstehenden Aufgaben lösen.¹⁶ Es spricht einiges dafür, dass dieser Teil des Abends nicht inszeniert war. So existieren kaum Fotos von der Kundgebung vor dem Gemeindehaus. Auch die Presse wartete in den nächsten Tagen nicht mit Bildern auf – manche Zeitungen erwähnten die Aktion nicht einmal. Stattdessen waren sie voller Berichte und Fotos vom Protestmarsch zum Steinplatz. Das Lob an die Jugend Berlins war deutlich. In der Zeitung *Der Abend* lautete es sogar: „Dies war eine der diszipliniertesten, der ruhigsten, der ordentlichsten Kundgebungen, derer man sich erinnern kann. Kein Gejohle, keine Lärm, kein Krawall. Man kann sich

freuen. Berlin kann sich freuen. Das ist eine Jugend, die bereit ist dazu beizutragen, wenn es um wichtige, um lebenswichtige Dinge geht.“¹⁷

Bei den großen West-Berliner Parteien herrschte in den Tagen nach der Demonstration Zufriedenheit. Willy Brandt sprach Worte der Anerkennung für die Jugendverbände und den eindrucksvollen Verlauf der Proteste. Sein Stellvertreter Franz Amrehn (CDU) befand auf einer überfüllten Veranstaltung der Jungen Union im Kino Zoopolast, auf der für Jugendliche der Film „Nacht und Nebel“ gezeigt wurde: „Es gibt kein schöneres Zeichen für die Haltung der Berliner,



Kundgebung vor dem Jüdischen Gemeindehaus in der Fasanenstraße, 8. Januar 1960

insbesondere der Jugend, als diesen großen Widerhall, den unsere Vorstellung gefunden hat.“ Gleichzeitig übte er sich in Distanzierung: Die antisemitischen Erscheinungen der letzten Zeit seien eine Tat von

„Wahnwitzigen und Verblendeten“. Mit der Gesinnung des deutschen Volkes hätten sie „nichts mehr gemein“.¹⁸ Diese Beschränkung der Schmierwelle auf eine kleine Minderheit von Tätern, ohne nach den größeren Zusammenhängen zu fragen, blieb nicht ohne Kritik. Der Publizist Gerhard Schoenberner hielt diesbezüglich einige Monate später fest: „Uns scheint diese Demonstration, so eindrucksvoll sie war, nicht zuletzt eine Demonstration propagandistischer Geschicklichkeit und guten Reaktionsvermögens, wenn auch das Ausland sich sehr viel weniger beeindruckt zeigte als die Deutschen selbst. Doch wie die meisten Kunststücke hält dieses einer näheren Untersuchung nicht stand und erweist sich bei ruhiger Überlegung als Bluff: Eine Diskussion, die mit ständigem Blick auf ihre Wirkung im Ausland geführt wird, die das Phänomen des Antisemitismus auf die Schmierereien eingrenzt und diese Schmierereien isoliert von der allgemeinen politischen Entwicklung betrachtet, in denen nicht zuletzt sie ihre Ursachen haben, ist alles andere als ein Gradmesser politischer Reife.“¹⁹

Schoenberner formulierte Kritik am vorherrschenden Antikommunismus und an der Durchsetzung der Bundesrepublik mit ehemaligen Funktionären des NS-Regimes. Wenige Tage nach der Großdemonstration zeigte sich schließlich erneut die angespannte Lage in West-Berlin. Am Vormittag des 18. Januar fanden sich 3.000 Studenten zu einer Protestkundgebung gegen Antisemitismus und Neonazismus auf dem Steinplatz ein. Wiederum sprach Joachim Lipschitz, der auf den großen Schaden verwies, der Deutschland durch die antisemitischen Ausschreitungen im Ausland zugefügt worden sei. Der Innensenator hatte gerade begonnen zu sprechen, da hielten einige Studenten Schilder mit den Namen Globke, Oberländer, Reinefarth und Schröder hoch, um gegen ehemalige Nazis in Regierungsfunktionen zu protestieren. Umgehend wurden sie von Lipschitz, der sie als Ost-Berliner Akteure vermutete, verbal scharf angegriffen. Danach gingen Polizisten gegen die vermeintlichen kommunistischen Provokateure vor und verhafteten zehn der Demonstranten. Unter ihnen befanden sich auch zwei Mitglieder der DIS. Sie hatten nicht zu den Schilderträgern gehört,



Studentinnen und Studenten am Steinplatz, 18. Januar 1960

sondern lediglich von Beamten deren Polizeiausweis und Auskunft über das Schicksal der Festgenommenen verlangt.²⁰ Nachdem Lipschitz darüber aufgeklärt worden war, dass es sich bei allen Studentinnen und Studenten um FU-Angehörige handelte, widerrief er noch am selben Tag seine Anschuldigungen und erklärte, was diese hätten ausdrücken wollen, habe seine „volle Sympathie“.²¹

In den folgenden Tagen überboten sich die Zeitungen mit Meldungen über die „roten Tumulte“ auf dem Steinplatz. Dabei ging vielfach unter, dass die Studenten ein wichtiges Zeichen gesetzt hatten: Im Anschluss an die Kundgebung war eine Abordnung in die Fasanenstraße gezogen und hatte im Hof des Jüdischen Gemeindehauses einen Kranz an der Gedenkwand mit den Namen der Konzentrations- und Vernichtungslager niedergelegt. Heinz Galinski dankte der Delegation und brachte zum Ausdruck, dass „solche Regungen der Jugend und der jungen Akademiker das Vertrauen fördern, das so schwer erschüttert wurde“.²² Tatsächlich weckten die Proteste und Solidaritätsbekundungen der jungen Generation bei manchen Jüdinnen und Juden Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung in Deutschland. Die Schmierwelle blieb jedoch eine Zäsur, und ihre Folgen sind bis heute gegenwärtig. Ende Januar 1960 wurde das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus am Steinplatz ebenfalls

Ziel eines Angriffes, als Unbekannte hier Flugblätter mit der Forderung „Die Juden raus“ verstreuten. Der „Bund der Verfolgten des Naziregimes“ appellierte an die Bundesregierung, zu handeln. „Ist es nicht eine Schande für die deutsche Bevölkerung in der Bundesrepublik und in Westberlin, daß jüdische Gotteshäuser und Mahnmale für die NS-Opfer polizeilich bewacht werden müssen“, fragte der Verband.²³ An diesen Zustand hatte man sich jedoch fortan zu gewöhnen.

Die „Hakenkreuz-Schmierwelle“ gilt gemeinhin als ein wichtiger Auslöser eines Wandels hin zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Neonazismus. In West-Berlin schien sich dies schon wenige Monate nach dem Ereignis zu bestätigen, als im April 1960 die Ausstellung „Die Vergangenheit mahnt“ eröffnete. In dieser dokumentierten die Initiatoren um Gerhard Schoenberger umfassend den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden. Die Ausstellung wurde ein großer Erfolg: In zwei Monaten sahen sie rund 70.000 Besucher, darunter über 500 Schulkassen. Zudem gab es ein Begleitprogramm mit dem Titel „Naziopfer diskutieren mit der Jugend“, das großen Anklang fand.²⁴ Die wachsende Bereitschaft, sich mit den NS-Verbrechen zu konfrontieren, bedeutete allerdings nicht, dass Proteste gegen Antisemitismus und Neonazismus zum Selbstläufer wurden. Als einige Jahre später Neonazis die Gedenkstätte in Plötzensee mit Hakenkreuzen, NS-Parolen und der antisemitischen Forderung „Galinski raus!“ beschmierten, blieb ein Protest der Jugend aus. Auch die 68er-Studenten gingen nicht auf die Straße. Das Beispiel zeigt: Widerstand gegen Antisemitismus und Neonazismus müssen nicht nur aufrecht erhalten, sondern der Protest gegen die extreme Rechte immer wieder aufs Neue gebildet werden.

Gerd Kühling

Dr. Gerd Kühling gehört dem wissenschaftlichen Team für die Erarbeitung einer neuen Dauerausstellung in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz an. Er ist Beisitzer im Vorstand des Aktiven Museums.

Der Beitrag beleuchtete einen Teilaspekt der Ausstellung „Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945“, die das antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum e.V. (apabiz) zusammen mit dem Aktiven Museum konzipierte und die am 29. März 2019 in der Zionskirche eröffnet werden wird. Der Autor dankt allen Mitgliedern des Ausstellungsteams für ihre Unterstützung, insbesondere Gideon Botsch, der ihn auf die Idee zu dieser Untersuchung brachte.

1) Siehe: Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle. Weißbuch und Erklärung der Bundesregierung, Bonn 1960, S. 36.

2) Hakenkreuze und Juden raus! – Polizei nahm 9 Nazis fest, BZ, 4. Januar 1960; Vier Festnahmen in Berlin, Telegraf, 7. Januar 1960.

3) Senats-Beschlüsse gegen Neonazis, Der Kurier. Die Berliner Spätausgabe, 5./6. Januar 1960.

4) Die Schuldigen sitzen in Bonn, Neues Deutschland, 7. Januar 1960.

5) Otto Grotewohl, In Westberlin hat Bonn nichts zu suchen, Neues Deutschland, 9. Januar 1960.

6) Für diesen Hinweis danke ich sehr herzlich Siegfried Heimann.

7) „Das ist die Rechnung!“, Telegraf, 6. Januar 1960.

8) Rolf Loewenberg, Gesteuerte Aktionen, Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 22. Januar 1960.

9) Senat zu wirksamer Abschreckung entschlossen, Spandauer Volksblatt, 6. Januar 1960.

10) Polizeischutz für Berlins Synagogen, Bild-Zeitung, 5. Januar 1960; Nächtliche Polizei-Aktion gegen Rechtsradikale, Der Kurier. Die Berliner Spätausgabe, 5./6. Januar 1960.

11) Die Farbe war noch feucht, BZ am Abend, 5. Januar 1960.

12) Einer hat wieder Angst, Bild-Zeitung, 7. Januar 1960.

13) Stummpolizei bedrohte Antifaschisten, Berliner Zeitung, 7. Januar 1960.

14) Willy Brandt, Rede vor dem Abgeordnetenhaus am 7. Januar 1960, in: Stenographische Berichte des Abgeordnetenhauses von Berlin, III. Wahlperiode/Bd. II., Berlin (West) 1969, S. 15.

15) W. H., Gleichung mit Millionen Unbekannten, Colloquium – Eine deutsche Studentenzeitung, Jg. 1960, Nr. 2.

16) Protestmarsch der Berliner Jugend gegen Antisemitismus, Der Tagesspiegel, 9. Januar 1960.

17) Sie kamen alle, Der Abend, 9. Januar 1960.

18) Demonstration gegen Neonazismus, Spandauer Volksblatt, 12. Januar 1960.

19) Gerhard Schoenberger, Das Menetekel von Köln – Die unbewältigte Gegenwart, Das Argument. Berliner Hefte für Politik und Kultur, Nr. 16 (Mai/Juni 1960), S. 40.

20) Protestkundgebung der Studenten, Berliner Morgenpost, 19. Januar 1960.

21) Tilman Fichter, SDS und SPD – Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988, S. 314.

22) Anteilnahme und Ergriffenheit, Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 29. Januar 1960.

23) Schluß mit der Bagatellisierung, Die Mahnung, 15. Januar 1960.

24) Ich danke der Internationalen Liga für Menschenrechte in Berlin sehr herzlich für diese Hinweise.

EINE ERINNERUNGSKULTURELLE WENDE UM 180 GRAD?

Der zweite „Salon“ des Aktiven Museums diskutierte die Geschichtspolitik der AfD

Am 17. Januar 2017 hielt der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke seine berühmte „Dresdener Rede“. Den bundesrepublikanischen Umgang mit der NS-Vergangenheit bezeichnete er darin als „dämliche Bewältigungspolitik“ und forderte eine „erinnerungskulturelle Wende um 180 Grad“.

In Politik und Medien wurde Höckes Rede damals massiv skandalisiert. Wenige Tage später wurde er nicht nur symbolisch, sondern auch leibhaftig aus der deutschen Erinnerungskultur ausgeschlossen. Am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, wurde ihm der Zutritt zu offiziellen Gedenkveranstaltungen im Thüringer Landtag und in der Gedenkstätte Buchenwald verwehrt.

Seither sind zwei Jahre vergangen. Mittlerweile ist die AfD nicht nur in allen Landtagen vertreten, sondern stellt auch eine starke Bundestagsfraktion. Zumal auf Länderebene scheint eine baldige Regierungsbeteiligung nicht mehr ausgeschlossen. 2019 stehen Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen an. Aktuell kann die AfD hier mit einem Stimmenanteil von 20 bis 25 Prozent rechnen.

Die geschichtspolitische Agenda der AfD

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist es einer völkisch-nationalistischen Partei gelungen, sich nachhaltig im politischen Entscheidungs- und Institutionengefüge zu etablieren. Durch ihre flächendeckende parlamentarische Verankerung verfügt die AfD perspektivisch über erhebliche gesellschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten – auch auf dem Feld der Geschichtspolitik.

Praktisch verhält die Partei sich hier bisher vergleichsweise zurückhaltend. Konkrete Interventionen

in die bestehende Gedenklandschaft wurden nur vereinzelt versucht.¹ Jedoch wird die staatlich geförderte Erinnerungskultur von AfD-Politiker*innen als „Schuldkult“ diffamiert. Der „Erinnerungskonsens“, den das politische Establishment seit den späten 1990er-Jahren mit Blick auf die NS-Verbrechen pflegte, wird nun von einer relevanten politischen Kraft aktiv untergraben.

Allzu brachiale Tabubrüche im Umgang mit der NS-Vergangenheit sind zwar auch innerhalb der AfD umstritten. Ihre grundsätzliche geschichtspolitische Ausrichtung ist allerdings klar definiert: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus“, so heißt es im Grundsatzprogramm der Partei, „ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiv identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“

Dies ist so oder ähnlich auch in den meisten AfD-Wahlprogrammen zu lesen. Wer sich einmal intensiver mit den entsprechenden Passagen beschäftigt, wird feststellen, dass hier ein Generalangriff auf die demokratische Geschichtskultur formuliert wird: Anstelle einer pluralistischen und damit notwendig kritisch-reflexiven Auseinandersetzung mit Geschichte soll historischer Nationalstolz treten.

Erfahrungsaustausch und Diskussion

Wie umgehen mit dieser Kampfansage an die demokratische Geschichtskultur, speziell an die Erinnerungsarbeit zu den NS-Verbrechen? Was tun gegen die zunehmende Normalisierung rechtsextremer, rechtspopulistischer und geschichtsrevisionistischer Positionen im öffentlichen Diskurs? Zu diesen Fragen veranstaltete das Aktive Museum am 11. Dezember 2018 seinen zweiten „Salon“.

Dass wir an diesem Abend keine abschließenden oder gar konsensfähigen Antworten zum „richtigen“ Umgang mit der AfD und ihrem gesellschaftlichen Umfeld finden würden, war absehbar. Uns ging es

darum, dazu überhaupt einmal ins Gespräch zu kommen und Erfahrungen auszutauschen: Wie macht sich der geschichtspolitische Einfluss der AfD bisher konkret bemerkbar? Wie reagiert die Gedenkstättenarbeit auf die veränderte politische Situation? Wie nehmen Jüdinnen und Juden oder auch Romnija und Roma die Attacken auf die Erinnerung an die NS-Verbrechen wahr? Wie lässt sich der Herausforderung durch die AfD in der alltäglichen Erinnerungsarbeit und auf politischer Ebene effektiv begegnen?

Um uns hier zu orientieren, hatten wir sechs Gäste eingeladen. Der Schwerpunkt lag dabei auf Akteur*innen der Gedenkstättenarbeit: Thomas Lutz, Leiter des Gedenkstättenreferats der Topographie des Terrors; Elke Gryglewski, stellvertretende Leiterin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz; sowie Martin Schellenberg, Leiter der pädagogischen Dienste der Gedenkstätte Sachsenhausen.

Jenseits dessen wollten wir aber auch außerinstitutionelle Perspektiven kennen lernen. Dafür konnten wir Lea Wohl von Haselberg gewinnen, Mitherausgeberin der Zeitschrift „Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart“; Hamze Bytyci, Gründer des Vereins „Romatrial“, der sich für die Rechte von Roma engagiert; sowie Kristina Holzapfel von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin, die zunehmend auch von historischen Museen und Gedenkstätten nachgefragt wird. Moderiert wurde der Abend von Jens Schley und mir.

Die AfD und der „Erinnerungskonsens“

Einleitend arbeitete Jens Schley heraus, dass die AfD nicht nur eine problematische geschichtspolitische Agenda verfolge, sondern insgesamt von Geschichtsrevisionismus geprägt sei. Ihr völkischer Nationalismus setze eine Abkehr von der negativen Erinnerung an die NS-Vergangenheit zwingend voraus. Erst wenn sich Deutschland von diesem negativen historischen Bezugspunkt „befreit“ habe, so laute das Credo der Partei, könne es seine „wahren“ Interessen verwirklichen. Von daher müsse jede Politik der AfD

immer auch als Geschichtspolitik begriffen werden, die auf ein „Vergessen“ der NS-Vergangenheit ziele.

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde zunächst einmal konstatiert, dass Gedenkstätten derzeit sowohl ideell als auch finanziell eher gestärkt würden – auch und gerade angesichts der Herausforderung durch die AfD. Problematisiert wurde dabei allerdings, dass vielfach nur projektgebundene Mittel bereitgestellt würden. Diese seien nur bedingt geeignet, den Regelbetrieb weiter auszubauen und langfristig abzusichern. Ansonsten sei die Gedenkstättenförderung immer von der politischen Großwetterlage abhängig. Wie sich mögliche Regierungsbeteiligungen der AfD auswirken würden, bleibe abzuwarten.

Daraufhin wurde diskutiert, ob und inwieweit die gegenwärtigen Angriffe auf die Erinnerung an die NS-Verbrechen ein neues Phänomen darstellen. Hat es in der Bundesrepublik diesbezüglich überhaupt je einen tragfähigen „Erinnerungskonsens“ gegeben? Dazu wurde einerseits angemerkt, dass der staatlich geförderte Ausbau der Gedenkstättenlandschaft zu den NS-Verbrechen seit den 1990er-Jahren durchaus auf gesellschaftliche Lernprozesse schließen lasse. Andererseits wurde zu bedenken gegeben, dass diese Lernprozesse in Politik und Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt unangefochten blieben.

Nicht erst angesichts der jüngeren Debatten beispielsweise um die Asyl- und Flüchtlingspolitik dränge sich überdies die Frage auf, ob die Erinnerungsarbeit tatsächlich zu einer Humanisierung der deutschen Mehrheitsgesellschaft beigetragen habe. Aus Perspektive derer, die von Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus betroffen seien, wirke die Erinnerungskultur zu den NS-Verbrechen mitunter wie eine schöne Fassade, hinter der sich der fortwährende deutsche Nationalismus verberge.

Die AfD, so argumentierten vor allem Lea Wohl von Haselberg und Hamze Bytyci, sei keineswegs vom Himmel gefallen. Anstelle der permanenten Bezugnahme auf das Ende der Weimarer Republik, in der auch

eine gewisse Lust am Untergang mitschwingt, sei eine kritische Analyse der deutschen Nachkriegsgeschichte gefragt, welche die Kontinuität des Nationalismus und Rechtsextremismus nicht weiter ausblende. Außerdem seien alle aufgefordert, sich mit den Betroffenen zu solidarisieren und dazu beizutragen, dass deren Stimmen im öffentlichen Diskurs ein größeres Gewicht bekämen.

Wie sollen Gedenkstätten sich positionieren?

Einig waren sich unsere Gäste darüber, dass es in den letzten Jahren eine deutliche Verschiebung der Grenzen des öffentlich Sagbaren gegeben hat. Zu beobachten sei eine rasante Normalisierung rechts-extremer und geschichtsrevisionsistischer Positionen, die mit der AfD nun in den Parlamenten angekommen sei. Dagegen anzugehen, so betonten insbesondere die Gedenkstättenvertreter*innen, sei zunächst einmal eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Jedoch seien auch die Gedenkstätten gefordert, sich zu positionieren. Das werde nicht zuletzt auch vonseiten vieler Besucher*innen eingefordert.

Jedoch sei keineswegs gewiss, welche praktischen Konsequenzen sich aus dem Bekenntnis zu einer kritisch-reflexiven Erinnerungskultur und einer offenen Gesellschaft etwa im institutionellen Umgang mit AfD-Politiker*innen ergäben: Dürfen Gedenkstätten als öffentliche Einrichtungen demokratisch gewählte Mandatsträger*innen allein aufgrund ihrer politischen Haltung abweisen? Kann man AfD-Politiker*innen offizielle Besuche, die Teilnahme an Gedenkfeiern und die Mitarbeit in Gremien prinzipiell verwehren? Wer sei auf welcher Grundlage befugt, die dafür erforderliche „Gesinnungsprüfung“ vorzunehmen?

In Berlin und Brandenburg haben Gedenkstätten es außerdem zunehmend mit Besucher*innengruppen zu tun, die über AfD-Bundestagsabgeordnete in die Gedenkstätten kommen.² Mit diesen Gruppen, so war von unseren Gästen zu erfahren, werden unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Der aggressive Geschichtsrevisionsismus, der in der Gedenkstätte Sachsenhausen geäußert wurde,³ stellt dabei offenbar eher

die Ausnahme dar. Die meisten AfD-nahen Gruppen, so wurde berichtet, unterschieden sich kaum von anderen deutschen Besucher*innengruppen. Dennoch fühlten sich viele Guides in der Betreuung unsicher: Soll man mit diesen Gruppen besonders dialogisch arbeiten, um kontroverse Diskussionen zu provozieren? Oder soll man möglichst wenig interaktiv agieren, um die institutionelle Deutungshoheit zu wahren und Provokationen vorzubeugen?

Klarheit über die eigenen Prämissen

In den Institutionen wird derzeit jedenfalls rege diskutiert: Muss man die „AfD-Gruppen“ zunächst einmal behandeln wie alle anderen Gruppen auch, oder muss man sie von Beginn an offensiv mit den politischen Positionen der Partei konfrontieren? Geht es überhaupt darum, einen speziellen Umgang mit diesen Gruppen zu finden, oder sollten die begrenzten Kapazitäten nicht besser darauf verwendet werden, die eigenen Positionen und Vermittlungsansätze mit Blick auf die gegenwärtigen politische Entwicklungen zu klären und neu zu justieren?

Sollen Gedenkstätten sich weiterhin primär der historischen Aufklärung widmen, oder sollen sie vermehrt auch gegenwärtige gesellschaftspolitische Problemlagen adressieren? Käme eine solche Politisierung der Gedenkstättenarbeit nicht letztlich einer Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit für tagespolitische Zwecke gleich? Würden dann nicht doch wieder eindeutige „Lehren aus der Geschichte“ behauptet, die zu ziehen man eigentlich den Besucher*innen überlassen wollte?

Im Gespräch wurde deutlich, dass Gedenkstätten sich hier zahlreichen Dilemmata ausgesetzt sehen. Mit Blick auf ihre gesellschaftspolitische Rolle unter veränderten Bedingungen befinden sie sich mitten in einem Orientierungs- und Selbstverständigungsprozess. Kristina Holzapfel von der Mobilen Beratung betonte, dass dieser Prozess von zentraler Bedeutung sei: Um der AfD und ihrem gesellschaftlichen Umfeld selbstbewusst begegnen zu können, benötige man Klarheit über die eigenen Prämissen und Zielsetzungen.

Repolitisierung der Erinnerungsarbeit?

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurden verschiedenste Aspekte aufgenommen. So wurde gefragt, ob man Gruppen, die Gedenkstätten über AfD-Abgeordnete besuchen, nicht doch politisch „haftbar“ machen müsse. Die AfD vertrete menschenfeindliche Positionen, ihre Vernetzung mit rechtsextremen Strukturen sei bekannt. Wer sich von der AfD in Gedenkstätten einladen lasse, müsse dort mit diesen Tatsachen konfrontiert und zu einer Stellungnahme aufgefordert werden. Verlöre die Erinnerungsarbeit sonst nicht ihre Glaubwürdigkeit?

Auch wurde dafür plädiert, dass Gedenkstätten sich ausdrücklich von der AfD und ihrer Programmatik distanzieren. Zwar handele es sich um eine demokratisch gewählte Partei. Jedoch habe man es eben zugleich mit einer Partei zu tun, die ein politisches Programm verfolge, welches dem Ethos der Gedenkstättenarbeit radikal zuwiderliefe. Müsse man sich hier nicht offensiv abgrenzen und dabei im Zweifelsfall auch politische Auseinandersetzungen und Konflikte in Kauf nehmen?

Verschiedentlich wurden mehr Gegenwartsbezüge in der Erinnerungsarbeit zu den NS-Verbrechen eingefordert. In einer gesellschaftlichen Situation, in der demokratische Werte gefährdet seien und viele Menschen akut von menschenfeindlichen Diskursen sowie einer anhaltenden Hochkonjunktur rechter Gewalt bedroht seien, könne man nicht einfach nur historische Bildung betreiben.

Mehrfach wurde konstatiert, dass die Erinnerungsarbeit zu den NS-Verbrechen gezwungen sei, sich zu repolitisieren. Gefragt sei eine parteiliche Erinnerungskultur, die sich aktiv an der öffentlichen Debatte beteilige. Für die Gedenkstätten liege darin auch eine Chance: Nachdem sie sich jahrelang vor allem als „zeithistorische Museen“ verstanden hätten, könnten sie ihre historische Analysekompetenz nun auch wieder vermehrt in den gesellschaftspolitischen Diskurs einbringen und damit an Gegenwartsrelevanz gewinnen.

Viele Anwesende nutzten nach dem Austausch in großer Runde die Gelegenheit für weitere Gespräche bei Getränken und Snacks. Insgesamt zeigten sich sowohl die eingeladenen Gäste als auch die etwa 50 Teilnehmer*innen zufrieden mit der gemeinsamen Diskussion und Reflexion. Vereinzelt wurde moniert, dass am Ende zu wenig Zeit für das Gespräch mit dem Publikum geblieben sei. Diese Kritik werden wir bei der Vorbereitung des nächsten Salons gerne berücksichtigen. Er wird im Frühjahr 2019 stattfinden. Das Thema steht noch nicht fest, Vorschläge sind willkommen!

Cornelia Siebeck

Cornelia Siebeck ist Historikerin. Sie forscht und publiziert zu Geschichtspolitik und Gedächtniskultur. Außerdem ist sie in der historisch-politischen Bildungs- und Vermittlungsarbeit aktiv.

1) So brachte etwa die AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt im Januar 2018 einen Antrag zur Abstimmung, in dem sie eine Verurteilung der alliierten Luftangriffe und ein Mahnmal für deren Opfer in Magdeburg forderte. Der Antrag wurde von den übrigen Fraktionen einhellig abgelehnt.

2) Bundestagsabgeordnete können zweimal im Jahr Bürger*innen aus ihrem Wahlkreis zu einer Gruppenreise nach Berlin einladen. Das Besichtigungsprogramm wird vom Bundespresseamt ausgearbeitet.

3) Im Sommer 2018 stellten Angehörige einer Gruppe, die über die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel nach Sachsenhausen gekommen war, die Expertise eines der dortigen Mitarbeiter*innen radikal in Frage: Sie unterstellten ihm eine einseitige Darstellung der Geschichte, relativierten NS-Verbrechen und bestritten die Existenz der Gaskammer im KZ Sachsenhausen. Über den Vorfall wurde in den Medien breit berichtet. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts auf Volksverhetzung und Störung der Totenruhe.

SIEGFRIED LEHMANN UND SEIN LEBENSWERK.

Ansprache anlässlich der Enthüllung einer „Berliner Gedenktafel“ am 21. September 2018 in der Max-Beer-Straße 5



Aus den USA zur Gedenktafel-Enthüllung angereist waren Siegfried Lehmanns Tochter Aya Lehmann-Schlair (rechts) und ihre Freundin Bonnie Greenberg.

1892 in Charlottenburg geboren, entstammte Siegfried Lehmann einer bürgerlichen jüdischen Familie. Der Vater war Buchhändler, die Mutter Hausfrau, es gab drei ältere Brüder. Nach dem Abitur hatte Siegfried

Lehmann begonnen, Medizin zu studieren, zunächst in Freiburg, dann in Berlin. Neben seinem Studium engagierte er sich im Siedlungsheim Charlottenburg, einer freien Einrichtung der Wohlfahrtspflege, gegründet und geleitet von Lehmanns Freund Ernst Joel. Die Arbeit dort inspirierte Siegfried Lehmann und andere Helferinnen und Helfer, eine vergleichbare Einrichtung im „Scheunenviertel“ zu gründen. Das Jüdische Volksheim wurde im Mai 1916 eröffnet. Für die folgenden 14 Jahre wurde es zu einem Ausgangspunkt vielfältiger, zionistisch geprägter Aktivitäten.

Neben selbstverwalteten Jugend- und Kindergruppen für Jungen und Mädchen gab es Mütter- und Rechtsberatung. Aber auch Vortragsabende, für die Siegfried Lehmann namhafte jüdische Persönlichkeiten wie z.B. Martin Buber, Chaim Arlosoroff und Gustav Landauer gewinnen konnte. Detailliert beschrieb Siegfried Lehmann die Arbeit des Volksheims im Jahr 1916 in seinem „Ersten Bericht“, der leider auch der letzte blieb.

Nach seiner Promotion über „Entwicklungsmöglichkeiten bei kindlicher Epilepsie“ arbeitete Siegfried Lehmann als Kinderarzt in einer Berliner Klinik, bevor er 1921 – zwischenzeitlich verheiratet und Vater eines Sohnes – nach Litauen ging. Dort übernahm er die Leitung der Jüdischen Waisenfürsorge. Mit dem Kinderhaus in Kowno gründete er die größte osteuropäische Einrichtung für Waisenkinder, die es in den 1920er-Jahren gab. Im Kontext des Volksheims tauchte Siegfried Lehmann erst Anfang 1926 wieder auf: Von einer Palästina-reise zurückgekehrt, warb er in Berlin um Unterstützung für seinen Plan, eine Schulkolonie in Ben Schemen nahe Tel Aviv zu gründen. Dazu hielt er u.a. im Volksheim eine Reihe von Vorträgen. Auf dem Weg nach Ben Schemen machten Lehmann, seine zweite Frau Rebecca Klavansky und die Kindergruppe noch einmal Halt in Berlin. Bis alle notwendigen Papiere zusammen waren, kamen die angehenden Chaluzim für vier Wochen bei Beate Berger in der „Ahawah“ in der Auguststraße unter. Aus dieser Zeit ist die schöne Begebenheit überliefert, nach der die Kinder Elsa und Albert Einstein besuchten, die das Projekt unterstützten. Die Kinder sangen ihnen litauische Volksweisen vor,

Albert Einstein revanchierte sich mit Musikstücken, die er auf der Violine spielte.

Bis 1939 kam Siegfried Lehmann in unregelmäßigen Abständen zurück nach Berlin. Zunächst, um das Jugenddorf Ben Schemen bekannter zu machen, dann aber auch, um Gruppen zusammenzustellen, die im Rahmen der Jugend- und Kinderalijah nach Palästina gebracht wurden.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Europa, der Unruhen in Palästina und später der Fürsorge für schwer traumatisierte, überlebende Kinder und Jugendliche, gelang es Lehmann und seinen Mitstreitern, Ben Schemen zu einem Kinderdorf und einer Landwirtschaftsschule mit einem weit über die Landesgrenzen hinaus reichenden Ruf aufzubauen. Im Jahr vor seinem Tod wurde Siegfried Lehmann 1957 für seine pädagogischen Verdienste mit dem Israel-Preis ausgezeichnet.



Diese undatierte Aufnahme zeigt neben Siegfried Lehmann – der unmittelbar vor den beiden ganz hinten Stehenden sitzt – Frauen und Männer, die im Jüdischen Volksheim in der Dragonerstraße mitarbeiteten.

Dank dem „Ersten Bericht“ wissen wir einiges über die Arbeitsinhalte der ersten Volksheim-Zeit. Wer mitgearbeitet hat, lässt sich zumindest teilweise anhand von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln sowie Briefen und Zeitzeugenberichten rekonstruieren. Von einer Reihe prominenter jüdischer Persönlichkeiten ist bekannt,

dass sie einen Bezug zum Jüdischen Volksheim hatten: Martin Buber, Franz Kafka, Ludwig Strauß, David Werner Senator, Albert Baer, Max Brod gehören dazu. Weniger bekannt sind die Frauen, die die Arbeit so maßgeblich prägten. Zu ihnen gehörte Gertrude Welkanoz, die nach ihrer Hochzeit nach München zog und später nach England ins Exil ging. Sie war an der Planung des Volksheims beteiligt und leitete die Einrichtung nach Lehmann. Die Opernsängerin Gerda Philipsborn arbeitete ab Mitte der 1920er-Jahre im Volksheim mit. Später ging sie nach Indien, wo sie in Elendsvierteln reformpädagogisch arbeitete. Die Prokuristin Felice Bauer leitete eine der Mädchengruppen des Volksheims. Regen Anteil an Bauers Engagement nahm ihr in Prag lebender Verlobter Franz Kafka. Für an Jüdischer Wohlfahrtsgeschichte Interessierte sind natürlich noch andere Namen bedeutsam: Siddy Wronsky, Regine Schaechter und Margarete Turnowsky-Pinner arbeiteten ebenfalls im Volksheim mit. Darüber hinaus waren sie in verschiedensten jüdischen und zionistischen Organisationen tätig. Sie spielten außerdem eine bedeutende Rolle beim Aufbau der Sozialarbeit in Palästina.

Für viele der hier namentlich Erwähnten gilt, dass das Jüdische Volksheim für sie zu einer ersten Station der Arbeit im pädagogischen oder wohlfahrtspflegerischen Bereich wurde. Viele der Frauen und Männer, die sich im Volksheim einbrachten, konnten auf besondere Erfahrungen zurückblicken: Als ehemalige Mitglieder des Wandervogels oder jüdischer Bünde wie dem „Herz-Bund“ oder „Blau-Weiß“ waren sie Jugendbewegte. Dieser Hintergrund spiegelte sich in der Arbeit wider, in Ferienlagern, Wanderfreizeiten, Tageswanderungen – aber auch im Miteinander der Helfenden und in der Selbstverwaltung der Jugendgruppen.

Für Siegfried Lehmann sollte die Arbeit des Volksheims in erster Linie dazu dienen, jüdischen Kindern und Jugendlichen eine Zukunft zu geben. Ganz gezielt war das Heim im „Scheunenviertel“ gegründet worden: Viele der vor Krieg und Kriegsfolgen geflohenen Jüdinnen und Juden Osteuropas hatten hier eine Zuflucht gefunden, lebten aber in sozialen Verhältnissen, die in vielfacher Hinsicht schwierig waren und einer guten Entwicklung

der Kinder entgegenstanden. Die Kinder und Jugendlichen und ihre Familien zu unterstützen bedeutete für die Helfenden, Verantwortung wahrzunehmen, und auch, den eigenen Horizont zu erweitern. Wanderungen und Freizeiten waren nur ein Aspekt dieser Unterstützung. Für viele der Kinder waren sie eine Erfahrung, die sie erstmals und ausschließlich im Volksheim machten.

Entscheidender aber scheint mir ein zweiter Aspekt: Der Schlüssel für eine Zukunft, in der Kinder und Jugendliche für sich selbst würden sorgen können, lag für Siegfried Lehmann und seine Unterstützer in der Bildung. Aus diesem Grund wurde hier in der damaligen Dragonerstraße 22 mit Holz, Metall, Ton und Farbe in Werkstätten und an Werkbänken gearbeitet. Zu diesem Zweck gab es Hauswirtschaftsschulungen, Lehrstellenvermittlung und Handelskurse. Die Kinder und Jugendlichen sollten gute Voraussetzungen haben, um später einen handwerklichen oder landwirtschaftlichen Beruf zu ergreifen. Siegfried Lehmann war klar, dass eine gesicherte berufliche Zukunft sich positiv auf das Selbstverständnis und Selbstwertgefühl jedes Einzelnen auswirken würde. Dies wiederum war nach seinem Verständnis eine wesentliche Voraussetzung der jüdischen Renaissance.

Rund einhundert Jahre nach der Gründung sind viele Probleme, vor die sich das Jüdische Volksheim gestellt sah, hochaktuell. Bildungsgerechtigkeit, die Situation Alleinerziehender, die Notwendigkeit, Geflüchtete zu integrieren und einfach auch fehlender Wohnraum stellen damals und stellen heute bürgerschaftlich Engagierte vor Herausforderungen. Siegfried Lehmann und die hier Mitarbeitenden suchten und fanden Wege, um auf diese Herausforderungen zu reagieren. Ich wünsche mir, dass sich viele Menschen von ihnen inspirieren lassen.

Beate Lehmann

Beate Lehmann lebt in der Nähe von Kassel und promoviert über Leben und Werk von Siegfried Lehmann (mit dem sie nicht verwandt ist...). Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im an der TU Braunschweig angesiedelten DFG-Projekt „Nationaljüdische Jugendkultur und zionistische Erziehung in Deutschland und Palästina zwischen den Weltkriegen“.

KREUZBERGER SCHÜLER*INNEN VERLEGEN EINEN STOLPERSTEIN FÜR EINEN HOMOSEXUELLEN



Ich laufe durch graue Betonflure, vorbei an immer gleichen blauen Stahltüren und habe nach zehn Metern das Gefühl, völlig orientierungslos zu sein. Mich umgibt das Gebäudeungetüm der Carl-von-Ossietsky-Gemeinschaftsschule in der Blücherstraße in Kreuzberg und ich bin unterwegs zu einem Geschichtskurs des 11. Jahrgangs, um einen Einführungsvortrag über Stolpersteine zu halten. Da die Schule eine Europaschule mit deutsch-türkischem Zweig ist, werden große Teile des Unterrichts auf Türkisch abgehalten. Es ist gar nicht so leicht, über Erinnerungspolitik zu sprechen und auf gedrechselte deutsche Begriffe wie „Arisierungspolitik“,

„Wiedergutmachungsakten“ oder „Opferhierarchien“ zu verzichten, denn auch der Geschichtsunterricht findet hier normalerweise auf Türkisch statt und ich kämpfe mit möglichen Umschreibungen dieser Begriffe.

Stolpersteine haben in der Klasse alle schon einmal gesehen, doch nur die wenigsten wissen, dass sie nicht nur für jüdische Menschen, sondern für alle Verfolgte der Nazis verlegt werden. Wir arbeiten die vielen Gründe heraus, warum Menschen verfolgt wurden – schnell wird deutlich, dass die einzige Gemeinsamkeit darin liegt, nicht in die rassistische Phantasie des weißen, deutschen, „gesund und reinen“ Herrenmenschen zu passen. Ich brauche den Schüler*innen nicht zu erklären, dass diese Ideologie noch heute wirkmächtig ist, dass wir alle im Raum aus den verschiedensten Gründen für heutige Neonazis als Menschen angesehen werden, die man angreifen und im schlimmsten Fall ums Leben bringen sollte.

Die Klasse hat am Ende des Gesprächs großes Interesse daran, selbst einen Stolperstein zu verlegen und es liegt vielen am Herzen, dies für eine Verfolgtengruppe zu tun, die bislang unterrepräsentiert ist. Wir einigen uns darauf, dass wir uns in den nächsten Monaten mit der Verfolgungsgeschichte von homosexuellen Männern in Berlin beschäftigen wollen. Ich sehe den Geschichtskurs als nächstes im Landesarchiv wieder, wo wir mehrere Stunden lang Verfolgungsakten von vier homosexuellen Männern sichten. Es schälen sich Geschichten von unterdrückter Sexualität, Denunziation, Armut und Prostitution heraus. Am meisten erschüttert die Jugendlichen, wie Viele unter dem offensichtlichen Druck während der Verhöre anfangen, Freunde und Liebhaber zu verraten. Dies ist später auch der ausschlaggebende Grund, warum sie sich für einen Stolperstein für den Lehrer Herbert Heuer entscheiden, denn aus den Akten wurde ersichtlich, dass er trotz massivem Druck nicht bereit war, Namen von Freunden an die Kriminalpolizei weiterzugeben. Die Solidarität Herbert Heuers beeindruckt die Jugendlichen sehr. Dass er Verhältnisse auch mit viel jüngeren Männern hatte, stört sie nicht – denn man kann nachvollziehen, dass die Partnerschaften von beiden Seiten frei gewählt waren.

Herbert Heuer wurde 1897 in Berlin geboren, studierte Sprachen und musste als junger Mann im Ersten Weltkrieg kämpfen. Danach erfüllte sich sein Lebens Traum und er wurde Lehrer für Latein, Französisch, Deutsch und Geschichte. In den 1920er-Jahren wurde er mehrfach von der Polizei drangsaliert und als „Homosexueller“ registriert. Er konnte seinen Beruf als Lehrer nicht mehr ausüben und schlug sich als Privatlehrer, dann als Kontorist durch. Von seiner Vermieterin wurde er bei der Kripo als Homosexueller denunziert, woraufhin er im Februar 1942 verhaftet und zu einer Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Ein Jahr lang verbrachte er im Zuchthaus Bernau in Bayern, bevor er schwer krank ins Zuchthaus Luckau verlegt wurde, wo er am 5. Mai 1944 starb.

Im Rahmen des Stolpersteinprojektes sind die Jugendlichen mit drei weiteren Klassen der Schule in die Gedenkstätten nach Sachsenhausen und Auschwitz gefahren, haben eine umfangreiche Ausstellung erschaffen, viele weitere Orte in Berlin aufgesucht und Expertengespräche geführt. Bei der Verlegung „ihres“ Stolpersteins in der Admiralstraße in Kreuzberg nehmen Nachbar*innen, Lehrer*innen, die Schulleitung und viele Schüler*innen der Carl-von-Ossietzky-Gemeinschaftsschule teil – später im Jahr werden die Schüler*innen mit diesem Projekt den Berliner Mete-Ekşi-Preis 2018 gewinnen.

Wieder einmal zeigt sich, dass das oft vorgebrachte Vorurteil, Jugendliche mit „Migrationshintergrund“ würden sich nicht für deutsche Geschichte interessieren, viel mit einem rassistisch eingefärbten Blick auf diese Jugendlichen und wenig mit der Realität zu tun hat.

Sophia Schmitz

Sophia Schmitz ist pädagogische Mitarbeiterin der Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin.

ERINNERN AN DIE „POLENAKTION“

Bericht vom 28. und 29. Oktober 2018



Zwei Busse fuhren am frühen Morgen des 28. Oktober 2018 vom Gendarmenmarkt in Richtung Polen. Um mich herum saßen Kinder, Geschwister, Großeltern, Ehepaare, Onkel und Tanten, Nichten und Neffen unterschiedlicher Nationalitäten – allesamt Nachfahren von im Rahmen der sogenannten „Polenaktion“ Deportierten. Sie hatten eine weite Anreise aus Australien, USA, Kanada, Großbritannien und Israel hinter sich, um nun den Weg zu gehen, auf den ihre jüdischen Verwandten vor genau achtzig Jahren am 28. Oktober 1938 zwangsweise getrieben wurden. Sie alle einte an diesem Tage der Mut, sich mit einer unmenschlichen Vergangenheit zu konfrontieren. In den zahlreichen Gesprächen mit den Angehörigen der damals Deportierten habe ich den Eindruck gewonnen, dass sie auf unserem Weg durch Zbąszyń an diesem kalten und regnerischen Tag die Nähe ihrer Verwandten spüren und ihren Leidensweg nachempfinden wollten. Es waren bewegende Momente, als aus dem Tagebuch eines Deportierten vorgelesen und anschließend das Kaddisch zelebriert wurde.

Mit der Ausweisung aus Deutschland wurden in Berlin lebende Juden polnischer Staatsangehörigkeit ohne große Vorbereitung aus ihrem Alltag gerissen. Stunden später saßen sie in diesem kleinen, polnischen Grenzstädtchen Bentschen am Bahnhof auf Koffern und Kisten in großer Ungewissheit, wie es nun wohl

weitergehen möge. Im Gegensatz dazu wurden wir von unseren polnischen Gastgebern wohlbehütet. Sie hatten während der Führung durch den Ort ein umfassendes Besuchsprogramm und bei der anschließenden Gedenkveranstaltung u.a. eine Theateraufführung für uns vorbereitet. Dafür sei ihnen auf diesem Wege nochmals herzlich gedankt.

Um die Opfer der „Polenaktion“ angemessen zu würdigen, sollte das historische Ereignis nicht nur durch die Ausstellung „Ausgewiesen!“ samt Eröffnung und Begleitveranstaltungen im kollektiven Gedächtnis verankert werden. Und so fanden am Montag, den 29. Oktober 2018, am Tag nach der Rückkehr aus Zbąszyń, auch drei Stolpersteinverlegungen für Vorfahren von anwesenden Familien und zwei Gedenkfeiern im Centrum Judaicum statt. Eine im engeren, familiären Kreis direkt in der Sonderausstellung, die andere im Festsaal mit viel Prominenz aus der Berliner und Bundespolitik wie Petra Pau (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages), Michelle Müntefering (Staatsministerin im Auswärtigen Amt) und Ramona Pop (Bürgermeisterin von Berlin). Alle stellten das Erinnern und Gedenken an die als „Polenaktion“ bezeichnete, weitgehend unbekanntes systematische Massenausweisung in den Fokus ihrer Reden – samt Brückenschlag zur Gegenwart.

Besonders eindrücklich war überdies das Interview, das von Rita Berger (geb. Adler), Zeitzeugin und Überlebende der „Polenaktion“ und ihrem Mann Simon, einem Holocaustüberlebenden, als Filmdokumentation gezeigt wurde. Ergänzt wurde diese sehr bewegende Überlebensgeschichte von einem Vortrag der Tochter Dr. Susan S. Berger, die auch von einem Ortstermin am Stolperstein für ihren Großvater und Ritas Vater Leo Adler erzählte, zu der sich Dutzende angereiste Familienangehörige am selben Vormittag vor der Heinrich-Heine-Straße 73 eingefunden hatten.

Cornelia Dildei

Dr. Cornelia Dildei ist Mitglied im Aktiven Museum und hatte die Idee zum Ausstellungsprojekt „Ausgewiesen! Berlin, 28.10.1938. Die Geschichte der ‚Polenaktion‘“.

RAINER HÖYNCK – DER VERLUST EINES KULTURELLEN GEDÄCHTNISSES.

Ein Nachruf

Alle, die Rainer Höynck kannten, hatten ihn seit geraumer Zeit vermisst. Hin und wieder hatte er noch in Begleitung seiner Frau, Stefanie Endlich, im Rollstuhl die für ihn so lebenswichtigen Veranstaltungen wie die Eröffnung des Theatertreffens der Berliner Festspiele besuchen können. So lange es irgendwie ging, hat er die kulturelle Entwicklung der Stadt verfolgt, bis die Krankheit ihm diese letzten kleinen „Reisen in die Kultur“ nicht mehr erlaubte.

Die Zeiten sind schnelllebig geworden. Die junge Generation von Kuratoren, Kulturmanagern und Institutionsleitern wird ihn schon nicht mehr kennen. Dabei war Rainer Höynck (10. Juni 1927–10. August 2018) jahrzehntelang vor allem in der West-Berliner und nach der Wende in der Gesamt-Berliner Kultur allgegenwärtig. Er moderierte, interviewte, kommentierte, diskutierte, berichtete und initiierte. Bekannt ist auch, dass seine Sendungen zu Mauerzeiten für Hörerinnen und Hörer im Ostteil der Stadt ebenfalls sehr wichtig waren.

Sein Metier hatte er von der Pike auf gelernt als einer der beiden ersten Volontäre beim Tagesspiegel. Das war ein halbes Jahr nach Kriegsende im November 1945. Rainer war 18 Jahre alt und hatte die letzten Kriegstage als „Kindersoldat“ mit anschließender Gefangenschaft gerade überstanden. Als er dann 1948 als Reporter, bald danach als Redakteur beim RIAS startete, bekannte er schon: „Bei mir laufen Privates und Berufliches zusammen – Film, Theater, Bücher sind meine Herzensangelegenheit.“ Seit 1958 war er überdies als freier Mitarbeiter des Fernsehprogramms des Senders Freies Berlin (SFB) tätig, mit Kulturberichterstattung und Theaterkritiken, aber auch als Autor und

Regisseur von Kultur- und Dokumentarfilmen. 1963 wurde er beim RIAS Leiter des Ressorts „Kulturkritik und Kulturpolitik“. Seine Aufgaben beim Rundfunk erlaubten ihm in vielfältiger Weise Hintergrundinformationen zu recherchieren, Material zu sammeln, Personen kennenzulernen und aus all dem darstellbare Geschichten zu verdichten. Kunst, die zum kritischen Nachdenken anregen sollte, wurde sein Thema, ja: seine Leidenschaft, immer verbunden mit einer eigenen Position zu den jeweiligen Geschehen.

Alle seine frühen Beiträge und Artikel, in denen er über die Berliner Kulturpolitik im allgemeinen und über besondere Vorkommnisse wie die Hetzkampagne der CDU gegen die Arbeit der Schaubühne im ersten Jahr ihres Bestehens am Halleschen Ufer berichtete, reflektieren einen Teil der Stadtgeschichte. Im Konflikt über die Schaubühne äußert Rainer Höynck im Gegensatz zur CDU vollstes Verständnis für die marxistisch-leninistischen Schulungen für alle Betriebsangehörigen der jungen Schaubühne, denn politische Bewusstseinsbildung werde eben als Teil der Theaterarbeit gesehen. Eine Veröffentlichung mit Rainers gesammelten Recherchen und Positionen, die – zum großen Teil – vergessene Kulturgeschichte dieser Stadt widerspiegeln, wäre sicher ein lohnenswertes Unterfangen.

Wenn heute viel von Kunstvermittlung gesprochen wird, dann war Rainer Höynck ein Kunstvermittler der ersten Stunde, auch wenn er selber zugeben musste: „Das ist eine Sisyphos-Arbeit.“ Aber abgeschreckt hat ihn das nicht. Geradezu legendäre Sendereihen wie „Gerahmtes und Ungerahmtes“ oder seine Berichte zum Theatertreffen haben Basisinformationen immer mit dem neu Gesehenen verbunden. Seine Tätigkeit war für ihn mit der Verpflichtung verknüpft, Anderen mitzuteilen, was er selber erlebte, sie mitzunehmen, neugierig zu machen. Kultur war für ihn etwas Lebensnotwendiges für alle Menschen. Seine Beiträge sind von herausragender sprachlicher Qualität und auf eine bewundernswerte Weise sowohl unbestechlich informativ als auch parteiisch. Immer schlug er sich auf die Seite des Neuen, Ungewohnten, Experimentellen in der Kunst, parteiisch für die freien und institutionellen



Florian von Buttlar, Leonie Baumann, Ludwig Leo und Rainer Höynck (v.l.) bei einer Ortsbegehung auf dem „Gestapo-Gelände“, September 1986

Akteure, denn Kultur war kein Rückgriff auf Bewährtes oder gar Stillstand, sondern gleichbedeutend mit Weiterentwicklung, Dynamik, Lernen.

Wenn Berliner Politiker heute bekennen, lange Jahre die Bedeutung von Kunst und Kultur nicht erkannt zu haben, hätte Rainer Höynck sich darüber sicher furchtbar aufgeregt, denn wenn jemand nicht müde wurde, diese Bedeutung zu betonen, dann war er es. Zudem hätte er sofort historische und gesellschaftliche Zusammenhänge hergestellt. Wie schon in den 1980er-Jahren hätte er auch heute wieder darauf aufmerksam gemacht, dass Wachstum, die Gier nach mehr Besuchern und noch schrilleren Events, die ausschließliche Beurteilung von Kultur nach wirtschaftlichen Kriterien in die falsche Richtung gehen. Er würde wie damals seine Stimme warnend erheben, dass ein Umdenken notwendig sei und die kleinen unscheinbaren kulturell-künstlerischen Ideen wieder verstärkt ins Blickfeld gerückt werden müssten.

Rainer Höynck war derjenige, der die Berliner Kulturpolitik wie kein anderer in ihrer Kontinuität, in ihren Widersprüchen, ihrer Tatenlosigkeit und in ihren Dis-

kontinuitäten kannte und durchschaute. Und nicht nur das: er kannte auch die handelnden Personen, wusste, mit wem, was, wann und mit welchem möglichen Erfolg es lohnend schien, Ideen zu vertiefen, um Anstöße zur Veränderung zu geben.

Rainer quittierte 1988 nach 40 Jahren seine Tätigkeit beim RIAS. Mit ihm ging die „Inkarnation eines Rundfunkkulturjournalisten“, wie Heinz Ohff, einer seiner Weggefährten, im Tagesspiegel schrieb. Er schied nicht aus Altersgründen aus, sondern wegen der sich verändernden Medienstruktur. Ein damaliger Beitrag in der Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation“, mit dem er seinen Schritt kommentierte, klingt wie eine Abrechnung, eine Glosse, eine Sachzwangsatire. Er beklagt sich darin, dass niveauvolle Beiträge von „Kulturfunkern“ – damit sprach er sicher auch von sich selber – von einer „Elendswelle“ sofort mit plattem Liedgut wieder zunichte gemacht würden.

Statt sich zur Ruhe zu setzen, scheint er ungebunden aktiver denn je und noch parteiischer als zuvor zu geworden zu sein. Rainer mischte sich ein und unterstützte beispielsweise Initiativen, die einen historisch angemessenen Umgang mit dem Gestapo-Gelände einforderten – heute die „Topographie des Terrors“. Dieser Ort der Täter, wo am Schreibtisch über das Schicksal von Millionen Menschen entschieden wurde, wurde zum Schwerpunkt zukünftiger Arbeit für Rainer Höynck und Stefanie Endlich. Erinnern für die Zukunft! Was ist die angemessene Form des Erinnerns an die Gräueltaten der deutschen Faschisten? Der Kreis, der sich diese Fragen stellte, ist Mitte der 1980er-Jahre noch klein – auch Rainer Höynck bemühte sich dort um einen angemessenen Umgang mit der damaligen Schuttbrache in Kreuzberg, unterschrieb Petitionen und Protestbriefe, und er war es vor allem, der die Öffentlichkeit informierte und sensibilisierte in Sendungen, Berichten, mit Interviews, Beiträgen und unzähligen Diskussionsrunden, die er initiierte und moderierte.

Rainer Höynck setzte sich ausgehend von dem Ort der Täter auch weiterhin bedingungslos für eine Erinnerungskultur ein, die sich in der Verantwortung

für ein Heute und für die Zukunft versteht. Gerade angesichts des gegenwärtigen politischen Rechtsrucks in der Gesellschaft fehlen seine Stimme, seine Kenntnisse und seine Einmischung sehr.

1992 wurde er Präsident der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst und leitete diesen sich als basisdemokratisch verstehenden Kunstverein für sieben Jahre. Er war besonders prädestiniert für dieses Amt, da er schon seit Gründungszeiten Mitglied war und zwei Jahre zuvor zum 21. Geburtstag der NGBK ein Buch mit einer Rückschau zur Ausstellungspolitik des 1969 gegründeten Vereins veröffentlicht hatte. Dieses Präsidentenamt hat er nie als autoritär und hierarchisch definiert. Es sei eine Gratwanderung gewesen, schrieb er später: Man müsse die Grundposition der Liberalität verteidigen, Kontakte pflegen, im Hintergrund wirken, auch auf die Gefahr, dass die Mitglieder nicht viel davon wahrnehmen! Auch das war Rainer Höynck: laut und unerbittlich, wenn es sein musste, und leise antiautoritär, wenn es das Amt verlangte. Sich für die Sache einzusetzen, das war für ihn das Wichtigste!

Dass er in diesem Bestreben manchmal auch ein Verbündeter zur Umsetzung von vielleicht ungewöhnlich erscheinenden Ideen sein konnte, belegt eine Episode, die sich im Rahmen des Förderprogramms „Farbe im Stadtbild“ des Landes Berlin ereignete. Es ging um die Würdigung gelungener, beispielhafter Fassadengestaltungen. Die kleine Jury unter dem Vorsitz von Rainer Höynck kam zu einem ungewöhnlichen, aber nicht im Widerspruch zu den Richtlinien der Wettbewerbsausschreibung stehenden Ergebnis: Sie prämierten die phantasie reich gestaltete Fassade eines besetzten Hauses. Hinterher entstand allerdings das Problem, den Besetzern klarzumachen, dass sie den Preis für die Fassadengestaltung und nicht für die Besetzung erhalten hatten. Aber Rainer war auch in solchen Prozessen ein verlässlicher Partner und Vermittler. Sicherlich hat er sich abends bei einem Glas Wein köstlich über diese listige Aktion amüsiert.

In all' den Jahrzehnten hat Rainer Höynck eine enorme Anzahl von Rundfunkbeiträgen produziert

sowie Artikel und Hintergrundberichte für Printmedien geschrieben. Wie viele Diskussionsrunden er geleitet hat, wird kaum zu überblicken sein. Die Liste seiner Veröffentlichungen, oft gemeinsam mit Stefanie Endlich publiziert, ist so immens umfangreich, dass sich alleine die Titel wie ein Einblick in die Berliner Nachkriegskulturgeschichte lesen. Liest man heute das umfangreiche Buch „Blickwechsel“, das Rainer und Stefanie 1988 anlässlich von 25 Jahren Berliner Künstlerprogramm des DAAD zusammen geschrieben haben, dann findet man darin einen Gutteil der Gründe in Bild und Text festgehalten, warum West-Berlin seine legendäre künstlerisch-kulturelle Strahlkraft entwickeln konnte.

Rainer Höynck fing als „Funkreporter“ an, wie man in den 1950er-Jahren sagte, er hat 70 Jahre lang die Berliner Kulturpolitik mit geprägt, infiziert, herausgefordert und gefördert. Mit ihm ist ein leidenschaftlicher Chronist mit einem einzigartigen kulturellen Gedächtnis gegangen.

Im Kontext der 750-Jahr-Feier Berlins und des Europäischen Kulturjahres 1988 schrieb er einige Zeilen, die auch nach dreißig Jahren in ihrer Weitsicht, Aktualität und ihrer Utopie noch Gültigkeit haben: „Konkurrenzdenken suspendieren. Wettstreiten zum Vorteil aller statt Beiseitedrängeln [...] Berlin tut gut daran, nicht den Reklame-Sprüchen zu glauben, daß ‚Berlin so gut tut‘, sondern seine alten Tugenden von Selbstkritik und Selbsterkenntnis zu stärken nach all den Jahren selbstgefälliger Großmannssucht.“

Sein Wissen und sein Einfühlungsvermögen werden in dieser Stadt sehr fehlen.

Leonie Baumann

Leonie Baumann, Diplompädagogin, Autorin und langjährige Geschäftsführerin der neuen Gesellschaft für bildende Kunst (nGbK) e.V., ist seit 2011 Rektorin der Kunsthochschule Berlin Weißensee. Von 1989 bis 1992 war sie Vorsitzende des Aktiven Museums.

LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

Berliner Bibliotheken im Nationalsozialismus

Berlin 2018

7,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge

6. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge

4. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stumbling Stones in Berlin. 12 Neighborhood Walks

3. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Ausgeblendet. Der Umgang mit Täterorten in West-Berlin

Berlin 2017

5,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial

Berlin 2015

8,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939

Berlin 2012

20,00 Euro

Gute Geschäfte. Kunsthandel in Berlin 1933–1945

3. Auflage, Berlin 2013

20,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945

Berlin 2000

20,00 Euro, CD-ROM 5,00 Euro

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de